

## **"Bürgergeld – künftige Art des Grundeinkommens"?**

### **Wussten Sie, dass es heute rund 150 Sozialleistungen an knapp 50 verschiedenen Stellen gibt?**

Bereits in den 80er Jahren des letzten Jahrtausends haben die JUNGEN LIBERALEN, die Jugendorganisation der FDP, die Idee des Bürgergeldes in die politische Diskussion eingebracht.

### **Der entscheidende Punkt beim Bürgergeld ist schlicht einfach:**

Bisherige mannigfache soziale Leistungen des Staates wie z.B. Wohngeld, Sozialhilfe, ALG II, BAFÖG, Kindergeld, Winterbeihilfe, Kleiderhilfe, Aufwendszuschüsse usw. bis hin zum eventuellen Erlass der Telefon- und Rundfunkgebühren werden in einer einzigen Leistung gebündelt.

In der aktuellen politischen Diskussion wurden schon Beträge von 800 Euro monatlich pro Person als Grundeinkommen genannt. Meist orientiert sich das Grundeinkommen in seiner Mindesthöhe am steuerlichen Existenzminimum. Dies beträgt p.a. ca. 7600 Euro. Finanziert wird das Ganze aus den **bisherigen Sozialleistungen - rund 720 Mrd. Euro jährlich** - und falls dies nicht ausreicht - durch Steuern.

Das Bürgergeld-Modell der FDP tauchte erstmals 1994 im FDP-Programm auf. Das zugrunde liegende Konzept der "Negativen Einkommenssteuer" entwickelte US-Wirtschafts-Nobelpreisträger Milton Friedman in den 60er Jahren: Danach zahlt jeder Bürger, der mehr als einen festgelegten Betrag verdient, Steuern, während Geringverdienern umgekehrt vom Staat Geld ausbezahlt wird. **Die Sozialbürokratie wird nicht**

**mehr benötigt**, denn das Finanzamt zahlt den Betrag aus. So auch im FDP-Konzept. **Besonderer Reiz:** Anders als derzeit beim ALG wird ein Hinzuverdienst nur teilweise auf das Bürgergeld angerechnet. Dies eröffnet Chancen für Arbeitsplätze in unteren Lohngruppen und erledige gleichzeitig die Mindestlohnproblematik.

Eng verzahnt mit diesem Bürgergeld-Konzept ist ein Steuersystem, das möglichst keine Steuerausnahmen zulässt. Wenn es Steuerausnahmen gibt, gibt es sicher wieder findige Menschen, die sich „bedürftig“ rechnen. Menschen, die aus nachvollziehbaren Gründen (z.B. Krankheit, Behinderung, Alter) nicht erwerbstätig sein können, haben Anspruch auf das Bürgergeld. Erwerbsfähige Bürger, die keine Angehörigen zu versorgen haben, sollen zur Gegenleistung an die Gemeinschaft bereit sein oder angebotene Arbeit annehmen. Diese Gegenleistung kann z. B. an gemeinnützige Dienste geknüpft sein.

Übrigens: Bereits im Jahre 2000 und 2001 hatte die FDP Fraktion angefragt, ob nicht auch in Remseck Bezieher sozialer Leistungen im öffentlichen Bereich eingesetzt werden können. Dabei handelte es sich um die später so genannten 1 Euro (1,50 Euro) Jobs. Mehrere Versuche wurden gestartet, der Erfolg wollte sich aber nicht einstellen. Es gilt scheinbar immer noch als Tabu-Thema, arbeitsfähige Bezieher sozialer Leistungen unterhalb des Arbeitslosengeldes I zu einer Gegenleistung der Gesellschaft gegenüber heranzuziehen.

## **Einkommensabhängige Gebühren oder: „RemseckPass“**

Der „**Kinderbetreuungsmarkt**“ ist in Bewegung geraten. Die aktuelle Diskussion in der Bundespolitik – auch die Äußerungen der Kirche - überbieten sich mit Vorschlägen. Bund und Länder wollen neue Standards, neue Mengengerüste festlegen, die Kommunen sollen diese umsetzen – die Finanzierung dergleichen steht noch in den Sternen. 3 -6 Milliarden Euro sind in der Diskussion. **Die Frage sei erlaubt:** „Ist die Mutter oder der Vater, der zuhause sein Kind erzieht ohne subventionierte Betreuungseinrichtungen zu nutzen der Doofe am Schluss?“

Die FDP Fraktion Remseck hat immer die Auffassung vertreten, dass der Kinderbetreuungsmarkt von öffentlichen, freien und privaten Anbietern bedient wird und der Staat dafür die Rahmen und Möglichkeiten schaffen soll.

Vor wenigen Wochen wurde in Remseck ein Familienpass mit 13:12 Stimmen beschlossen, die FDP Fraktion hat ihn abgelehnt. Messlatte: Wohngeldempfänger ohne Zuschusshilfe.(z.B. Jugendhilfe) Nun konnten wir im Nachgang lesen, dass es „uns“ ein Betrag wert sein muss, Kindern der angesprochenen Bevölkerungsgruppe die gleichen Bildungs- und Betreuungsmöglichkeiten zu bieten wie andern Kindern in unserer Stadt. Hoppla, waren bisher Kinder von Wohngeldempfängern nicht im Kindergarten? Nicht in der Musikschule? Darüber wurden keine Zahlen vorlegt.

**Wussten Sie, dass bei einer 4-köpfigen Familie der Bezug von Wohngeld bereits bei mtl. 25 Euro mehr oder weniger Verdienst ausgelöst wird? Oder dass bei gleichem**

## **Verdienst bereits 1 Jahr Altersunterschied der Wohnung über die Wohngeldgewährung entscheidet?**

Sie können das selbst gerne nachrechnen unter:  
[www.geldsparen.de/content/finanzen/Soziales/Wohngeldrechner.php](http://www.geldsparen.de/content/finanzen/Soziales/Wohngeldrechner.php)

Schon seit Beginn der 90er Jahre will die FDP einkommensabhängige Gebühren. **Unser Arbeitstitel: „Remseck-Pass“.** Dabei sollte eine Gebührenregelung gefunden werden, die den Landkreis nicht aus seiner finanziellen Pflicht entlässt.

Und die FDP Fraktion hat immer die Position vertreten, dass dort, wo keine gesetzlichen Regelungen greifen, die Kommune gebührensteuernd eingreifen kann.

**Dabei ist es der FDP Fraktion jedoch wichtig, die Gesamtsubventionen im Kinderbetreuungsbereich nicht weiter ansteigen zu lassen, sondern ggf. sie sogar zu verringern. Dabei sollen weniger Einkommensstarke mehr, Einkommensstärkere weniger Subvention bekommen.**

Die FDP Fraktion warb dafür, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, um bei diesem sensiblen Thema eine gemeinsame, von allen getragene Lösung zu erzielen mit Blick auf dann gültige Regelungen des Bundes, der Länder sowie die steuerpolitischen Auswirkungen (Seit 01.01. 2006 mit erhöhten steuerlichen Absetzbarkeiten für Kinderbetreuungskosten). Dies wurde abgelehnt.